

Bayerischer Landtag
Tagung 1947/48

Beilage 1362

(Vergl. Beilage 1329.)

Beschluß.

Der Landtag hat über das

Schreiben des Staatsministeriums der Justiz vom 24. Februar 1948 betreffend Strafverfahren gegen den zur Zeit flüchtigen Abgeordneten Alfred Loritz wegen Freiheitsberaubung im Amte in seiner heutigen öffentlichen Sitzung Beratung geflossen und beschlossen,

dem Antrag auf Aufhebung der Immunität des Abgeordneten Loritz zum Zwecke der Strafverfolgung wegen Freiheitsberaubung im Amte nicht stattzugeben.

München, den 28. April 1948.

Der Präsident:

(gez.) Dr. Michael Horlacher.

Der I. Schriftführer:

(gez.) Zita Behner.

Beilage 1363

(Vergl. Beilagen 1113, 1274, 1345.)

Beschluß.

Der Bayerische Landtag

an die

Bayerische Staatsregierung.

Der Landtag hat über den

Entwurf eines Gesetzes über den Erlass von Rechtsverordnungen auf Grund vormaligen Reichsrechts (Beilagen 1113, 1274)

in seiner heutigen öffentlichen Sitzung Beratung geflossen und beschlossen,

1. § 4 folgende Fassung zu geben:

Dieses Gesetz ist dringlich; es tritt am 1. April 1948 in Kraft;

2. im übrigen dem Gesetz in der Fassung der Beilage 1345 unverändert zuzustimmen.

München, den 29. April 1948.

Der Präsident:

(gez.) Dr. Michael Horlacher.

Der I. Schriftführer:

(gez.) Zita Behner.

Beilage 1364

Zur Beilage 1290.

Bayerisches Staatsministerium des Innern.

An den

Herrn Präsidenten des Bayerischen Landtags.

Betreff:

Kurze Anfrage Nr. 67.

Infolge der außerordentlichen Belastung des Staatsministeriums mit vordringlichen Arbeiten, insbesondere auf dem Gebiete des Kommunalwesens, der Gesundheitsabteilung, des Bauwesens und des Wohnungs- und Flüchtlingswesens, war es in den letzten Monaten nicht möglich, den schon seit längerer Zeit fertiggestellten Referentenentwurf über ein Landeswahlgesetz im Hause zu beraten. Der Gesetzentwurf ist nunmehr dem Ministerpräsidenten vorgelegt worden und wird nach Behandlung im Ministerrat alsbald dem Landtag zugehen. Die dortige Anfrage dürfte daher als erledigt zu betrachten sein.

München, den 28. April 1948.

(gez.) Dr. Untermüller,

Staatsminister des Innern.

Beilage 1365

Antrag.

Der Landtag wolle beschließen,

die Staatsregierung erneut zu ersuchen, bei der Militärregierung mit aller Intensität darauf hinzuwirken, daß OMGUS baldigst die Entlassung der Schwerstkriegsbeschädigten aus den Internierungslagern genehmigt, soweit diese sich nicht auf Grund eines rechtskräftigen Spruches im Internierungslager befinden bzw. soweit sie nach Rechtsvermutung nicht in die Gruppe der Hauptschuldigen fallen.

Der Landtag bedauert, daß die Militärregierung für Deutschland es abgelehnt hat, den Schwerstkriegsbeschädigten unter den Internierten besondere Erleichterungen zu gewähren.

München, den 29. April 1948.

Dr. Linnert

und Fraktion (FDP).